

Deutschland, ein Einwanderungsland, ein Zuwanderungsland – oder was sonst?

„Wir führen seit Jahren das gleiche Ritterstück auf“

Vom großen Streit ums Asylrecht und kleinen Annäherungen zwischen den Parteien – Auszüge aus einer SZ-Diskussionsveranstaltung in München



Gesprächs-Teilnehmer in München (im Uhrzeigersinn): Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD), Professor Klaus Bade, Alois Glück (CSU) und Claudia Roth (Grüne).
Foto: Stefan Rumpf

Ohne Einwanderung keine Zukunft – aber wie soll diese Einwanderung gestaltet werden? Auf Einladung der Evangelischen Akademie Tutzing und der Süddeutschen Zeitung debattierten in München Claudia Roth, Abgeordnete der Grünen und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Alois Glück, CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, und der Osnabrücker Bevölkerungswissenschaftler Klaus Bade. Es moderierte SZ-Redakteur Joachim Käppner.

SZ: Herr Glück, lange sagte die Union, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Nun heißt es, Deutschland sei ein Zuwanderungsland. Was sind wir nun?

Glück: Einwanderungsländer steuern ihren Zuzug, wie er ihnen nützt. Bei uns ist er über das Asyl gestaltet, über Flüchtlingskontingente, den Familiennachzug, die Spätaussiedler. Dafür muss es ein Gesamtkonzept geben.

SZ: Frau Sonntag-Wolgast, die Regierung hat eine Zuwanderungs-Kommission eingesetzt, die in Ruhe arbeiten wollte. Ist das mit der Debatte um die Leitkultur noch möglich? Muss es nicht schnell ein Einwanderungsgesetz geben?

Sonntag-Wolgast: Ein Gesetz kommt wohl nicht vor Herbst 2001. Es hat übrigens nicht Friedrich Merz, der Unions-Fraktionschef, mit dem unseligen Leitkultur-Begriff die Debatte angestoßen. Es war unsere Greencard-Initiative. Sie hat klargemacht: Es gibt erwünschte und notwendige Einwanderung.

SZ: Frau Roth, manche Grüne nehmen vom Begriff „multikulturell“ Abschied. Bezeichnete er eine Illusion?

Roth: Wir streiten seit 20 Jahren um den Begriff. Aber es will niemand Abschied nehmen vom Modell einer Gesellschaft, in der verschiedene Kulturen ihren Platz haben. Wir haben dies nun multikulturelle Demokratie genannt – als Gegenbegriff zur Leitkultur. Der beschreibt eine hierarchische Gesellschaft, in der sich andere unterzuordnen haben.

SZ: Herr Professor Bade, sie haben 1994 geschrieben: „Wenn wir so weitermachen, laufen die Probleme ihrer Gestaltung davon.“ Ist es schon soweit?

Bade: Zum Teil ja. Der argumentative Kreisverkehr hat uns viel Zeit gekostet. Deutschland ist seit den frühen achtziger Jahren de facto ein Einwanderungsland – freilich kein klassisches, wo die Gesellschaft überwiegend aus Einwanderern besteht. Da hat die CSU recht, nur hilft uns das nicht weiter. Die Bundesrepublik ist auf der Schwelle von einem informellen zu einem formellen Einwanderungsland. Den ersten Schritt dahin hat 1990 der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble getan, als er die Einbürgerung erleichterte. Die zweite Stufe war die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Es fehlt der dritte Schritt: ein Einwanderungsgesetz samt umfassender Einwanderungspolitik. Wenn die Parteien hier einen Minimalkonsens erreichen, darf man ruhig über Zuwanderung streiten – über das Wie, nicht über das Ob.

SZ: Gibt es eine Chance für diesen Minimalkonsens, Herr Glück?

Glück: Es gibt Annäherungen. Wir sind lange beschimpft worden, wenn wir gesagt haben, dass Auflagen notwendig sind, wenn jemand bleiben will – den Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses etwa. Heute bekommen wir breite Zustimmung, denn wir müssen Parallelgesellschaften verhindern. Viele türkische Eltern schicken ihre Kinder in die Türkei zur Schule, damit sie nicht von der westlichen Zivilisation verdorben werden. Mit 16 Jahren kommen die zurück und haben nur minimale Chancen auf einen Arbeitsplatz. Deshalb wollen wir das Zuzugsalter auf sechs oder zehn Jahre begrenzen, um die Eltern zu einer Entscheidung zu zwingen. Einigungschancen gibt es auch bei der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt, nicht aber beim Thema Asyl.

Sonntag-Wolgast: Die Begrenzung des Nachzugsalters wird schon aus EU-rechtlichen Gründen nicht gehen. Aber es gibt den Minimalkonsens: Alle Parteien im Bundestag haben eingesehen, dass Einwanderung stattfindet; die CSU möchte sich noch ein bisschen abheben. Es muss Zugang für Menschen geben, die uns brauchen – und Zugang für Menschen, die wir brauchen. Das Einwanderungsgesetz darf aber nicht gegen das Grundrecht auf Asyl ausgespielt werden.

Roth: Ich sehe den Konsens nicht. Die Vorschläge der Union zielen auf eine Einschränkung des Ausländer- und Asylrechts unter dem Tarnnamen Integration. Es ist ein Hammer, dass die CSU immer von der Familie redet und dann den Familiennachzug beschränkt. Die Last der Integration darf nicht nur auf den Schultern der Einwanderer liegen. Auch wir müssen die Hand ausstrecken.

Glück: Bedeutet Integrationsbereitschaft wirklich, großzügig Zuwanderung zu ermöglichen – egal, welche Zukunftschancen diese Zuwanderer haben? Wir werden nie Zuwanderung generell erleichtern wollen. Es gibt Grenzen der Integration, es gibt einen Punkt, ab dem die Bevölkerung überfordert ist. Wir sollten da heruntergehen vom Katheder der Belehrung und die Sorgen, Hoffnungen und Ängste der Deutschen genauso ernst nehmen wie die der Ausländer.

SZ: Ist Zuwanderung überhaupt noch national zu steuern, Herr Bade?

Bade: Nein, jede Steuerungskonzeption muss heute europafähig sein. Ein Land, das aus wirtschaftlichen Gründen auf Zuwanderung angewiesen ist, darf sagen: Wir wollen diese und jene Menschen haben – ohne das Asylrecht, die Flüchtlingskonvention, die Zuwanderung von Aussiedlern einzuschränken. Wir haben 30 Jahre lang wenig zur Integration von Ausländern angeboten, anders als bei den Aussiedlern. Dort werden jetzt die Eingliederungshilfen gestrichen, dabei wäre es im Gegenteil notwendig, diese Hilfen auch anderen Zuwanderern anzubieten. Wir führen statt dessen seit Jahrzehnten ein Ritterstück auf. Da stürmt das eine Heer heran und ruft: kein Einwanderungsland. Dann kommen die anderen: Einwanderungsland! Es fliegen die Splitter: Unentschieden. Aber hinter dieser Bühne hat sich ein pragmatischer Integrationsprozess abgespielt – dank der Integrationsbereitschaft der Ausländer. Wir haben wenig dazu getan.

SZ: Herr Glück hat von der Angst der Deutschen gesprochen. Nimmt rot-grün diese Ängste ernst?

Roth: Es wurde viel Schindluder mit diesen Ängsten getrieben: Von Asylmissbrauch und Ausnützen war die Rede, von

Flut und Strom – als ginge es um Naturkatastrophen, nicht um Menschen. Es wird unverantwortlich mit Ängsten umgegangen, wenn Leute, die es besser wissen müssen, sagen, dass nur 15 Prozent der Asylbewerber richtige Flüchtlinge seien. Es gibt eine Untersuchung der Ausländerbeauftragten Marielouise Beck, die belegt, dass bis zu 50 Prozent der Migranten vor Abschiebung geschützt sind.

Sonntag-Wolgast: Ich bin dafür, die Probleme der Zuwanderung zu benennen. Aber Kampagnen wie die Unterschriftensammlung der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft kurz vor der Hessenwahl müssten alle demokratischen Parteien ächten. Zu Herrn Bade: Ganz ohne staatliche Förderung lief die Integration der Einwanderer doch nicht ab. Es gibt doch viele lobenswerte Initiativen. Wie sie weitergeführt werden könnten, zeigen die Niederlande. Dort erhält jede Kommune pro Einwanderer 12 000 Gulden für Integrationshilfen. Auch unser Angebot sollte lauten: Wir verlangen, dass ihr Euch mit unserer Sprache und dem Grundgesetz bekannt macht – dafür bekommt ihr auch was.

SZ: Beim Asylrecht, Herr Glück, scheint ein Kompromiss unmöglich. Ihre Partei will es durch eine institutionelle Garantie ersetzen.

Glück: 15 Prozent aller Asylbewerber erhalten dauerhaften Abschiebeschutz. Viele der anderen 85 Prozent ziehen ihre Verfahren über Jahre hinweg und enden doch in der Sackgasse. Da wird das so hochgelobte Asylrecht inhuman: Inzwischen sind Kinder geboren, man hat sich eingelebt, und dann droht doch die Abschiebung. Wir wollen nicht das Recht der 15 Prozent einschränken, wir fragen: Was geschieht mit den anderen 85 Prozent? Deren Verfahren müssen in maximal einem Jahr abgeschlossen sein. Das ist nur mit einer Grundgesetz-Änderung möglich.

Bade: Ich bin dagegen, dass man die Ruine des Asylrechts weiter schleift. Es hätte auch keine praktischen Auswirkungen. Hinter dem Asylrecht steht die Europäische Menschenrechtskonvention, und deshalb, Herr Glück, stimmen Ihre Zahlen nicht ganz: Es bleiben 40, manchmal

sogar 50 Prozent eines Jahrgangs da, weil nach europäischem Recht die Leute einen Flüchtlingsstatus haben – nur nicht im Sinne unseres Rechts. Wir haben in Deutschland Asyl so eng definiert, dass fast keine Asylberechtigten mehr übrig bleiben. Es gibt Missbrauch. Aber warum? Weil die Deutschen ihn selber befördern! Wenn man nicht Superkoch oder Fußballstar ist, gibt es nur einen Weg, um ins Land zu kommen: den Asylantrag. Wenn wir ein weiteres Tor zur Einwanderung aufmachen, wird dies auch die Asyldebatte entkrampfen.

Roth: Hier kann es keinen Konsens mit der CSU geben, wenn sie aus dem Grundrecht ein Gnadenrecht machen möchte. Die Asylpraxis muss im Gegenteil humaner werden. Ich war kürzlich in Afghanistan. Was dort Frauen erleben, ist wirklich die Hölle. Aber für unser Recht ist das keine Verfolgung. Man kann sehr wohl der Bevölkerung erklären, warum diese Frauen Schutz brauchen.

Glück: Ich zweifle, dass Deutschland eine Festung ist, wie Sie suggerieren, wenn von 400 000 Flüchtlingen in Europa fast 100 000 zu uns kommen. Es kann auch für die CSU keine Quote für Asylbewerber und für Flüchtlinge geben. Wir müssen aber Regeln finden für die Armutsflüchtlinge, die aus nachvollziehbaren Gründen sagen: Ich beantrage Asyl. Die sozialen Probleme der ganzen Welt können wir leider nicht lösen.